



Bayerische
Ingenieurekammer-Bau

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Nymphenburger Straße 5
80335 München
Telefon 089 419434-0
Fax 089 419434-20
info@bayika.de
www.bayika.de



Bayerische
Ingenieurekammer-Bau

Körperschaft des öffentlichen Rechts



Standpunkte der Kammer Positionspapiere 2010

Ein gesunder Mittelstand:
Die Garantie für die Stabilität des Standorts Bayern!

Systemrelevante Infrastruktur:
Eine Überlebensfrage für den Standort Bayern!

Mangel an Ingenieuren:
Eine Gefahr für den Standort Bayern!



Bayerische
Ingenieurekammer-Bau

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Nymphenburger Straße 5
80335 München
Telefon 089 419434-0
Fax 089 419434-20
info@bayika.de
www.bayika.de



Bayerische
Ingenieurekammer-Bau

Körperschaft des öffentlichen Rechts



Ein gesunder Mittelstand:
Die Garantie für die Stabilität
des Standorts Bayern!

Positionspapier
2010

Ein gesunder Mittelstand: Die Garantie für die Stabilität des Standorts Bayern!

Freie Berufe dürfen nicht mit der Gewerbesteuer belastet werden. Ingenieure erbringen Ihre Leistungen vor allem im Freien Beruf. Nur durch die Unabhängigkeit von Lieferinteressen kann der Auftraggeber unparteiisch und damit optimal beraten werden.

Die Struktur der Ingenieurbüros reicht von lokal tätigen Unternehmen mit weniger als fünf Mitarbeitern bis zu Ingenieurfirmen mit mehreren hundert Mitarbeitern, die auf internationalen Märkten tätig sind.

Innovation und Mittelstandsförderung

Diese breite Schicht an mittelständischen Architektur- und Ingenieurbüros in Bayern, mit hochqualifizierte Mitarbeitern und einer Vielzahl von Ausbildungsplätzen, verkörpert ein wesentliches Wirtschaftselement für Innovation und Mittelstandsförderung im Freistaat.

Die größeren Ingenieurbüros sind bis auf wenige Ausnahmen als Kapitalgesellschaften (GmbH, AG) organisiert und sind deswegen bereits heute Gewerbesteuerzahler und Zwangsmitglieder bei den Handelskammern neben der Mitgliedschaft in der Ingenieurkammer.

Für die überwiegend als Personengesellschaften geführten kleineren Büros würde die Gewerbesteuer zusätzlich zur Einkommensteuer eine erdrückende Belastung bedeuten. Im Hinblick auf die geringe Belastung der kommunalen Infrastruktur durch diese kleinen Personengesellschaften ist der Beitrag zur Finanzierung der Kommunen aus der Einkommensteuer ausreichend.

Die freiberuflich tätigen Ingenieure erwarten sich von der bayerischen Politik Unterstützung bei der Abwehr von Forderungen nach einer Gewerbesteuerpflicht für Freiberufler. Im Interesse eines gesunden Mittelstands - als Garant für die Stabilität des Standorts Bayern!

VOF Mittelstandsförderung

Bei der Vergabe freiberuflicher Leistungen werden Ausschreibungen nach VOF zunehmend so gestaltet, dass nur große und international tätige Ingenieurunternehmen Aussicht auf Erfolg haben. So werden immer öfter sehr detaillierte Referenzen innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums gefordert.

Zum Beispiel wurde für die Tragwerksplanung eines Krankenhauses die Bearbeitung von drei Krankenhäusern mit Hubschrauberlandeplatz auf dem Dach gefordert. Diese Referenzen können nur von einem international tätigen Büro vorgelegt werden, da in ganz Deutschland nicht so viele Krankenhäuser mit Dachlandeplatz gebaut werden.

Die leistungsfähigen regional tätigen Büros haben bei derart gestalteten Ausschreibungen keine Aussichten auf Erfolg. Ähnliche Folgen hat es, wenn die Höhe des Umsatzes als Kriterium bewertet wird.

Hier muss die bayerische Politik auf eine mittelstandsgerechte Anwendung der VOF (Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen) hinwirken. Durch geeignete Ausführungsbestimmungen muss verhindert werden, dass durch zu detaillierte Anforderungen in den VOF-Ausschreibungen regional tätige, leistungsfähige Ingenieurbüros von Aufträgen ausgeschlossen und international tätige Großbüros einseitig bevorzugt werden.

Export von Ingenieurleistungen - Außenwirtschaft

Im Bereich Außenwirtschaft erzielen unsere mittelständischen bayerischen Ingenieurbüros mit ihrer hochgradigen und immer im aktuellen Wettbewerb erprobten Spezialisierung erheblichen Mehrwert für unsere Auftraggeber. Jeder Auftrag eines bayerischen Planers im Ausland zieht automatisch deutsches Handwerk und deutsche Industrie in einem Verhältnis von etwa 1:10 der Kosten der Planung zu den Kosten der Ausführung eines Bauprojekts nach sich.

Wir rechnen weiterhin mit der Unterstützung der bayerischen Politik bei der Deregulierung der Zulassung von deutschen Ingenieuren zu Auslandsmärkten und der gegenseitigen Anerkennung der Planvorlageberechtigung sowie bei der Bereitstellung von Krediten und Bürgschaften.

Erwartungen an die Politik:

- Keine Gewerbesteuerpflicht für Freiberufler
- Mittelstandsgerechte Anwendung der VOF (Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen) durch geeignete Ausführungsbestimmungen
- Unterstützung bei der Deregulierung der Zulassung von deutschen Ingenieuren zu Auslandsmärkten und der gegenseitigen Anerkennung der Planvorlageberechtigung sowie bei der Bereitstellung von Krediten und Bürgschaften.



Bayerische
Ingenieurekammer-Bau

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Nymphenburger Straße 5
80335 München
Telefon 089 419434-0
Fax 089 419434-20
info@bayika.de
www.bayika.de



Bayerische
Ingenieurekammer-Bau

Körperschaft des öffentlichen Rechts



Systemrelevante Infrastruktur:
Eine Überlebensfrage für
den Standort Bayern!

Positionspapier
2010

Systemrelevante Infrastruktur: Eine Überlebensfrage für den Standort Bayern!

Keine Frage: ein per schnellem Breitband-Internet bestelltes Produkt kommt in der Regel immer noch per Lastwagen oder Transporter zum Kunden. Dieses Beispiel zeigt deutlich, dass die Verkehrsinfrastruktur systemrelevant für das Funktionieren unserer Wirtschaft und der Gesellschaft ist. Dies gilt auch für die übrigen Infrastruktureinrichtungen: öffentliche Gebäude, Schulen, Rathäuser aber auch die Ver- und Entsorgung.

Doch welche Bedeutung wird gegenwärtig dem Erhalt dieser Infrastruktureinrichtungen beigemessen? Ein Vergleich mit den Aufwendungen für die Stützung der "systemrelevanten" Banken offenbart Erschreckendes. Die Bedeutung wird nicht erkannt.

Infrastruktur droht zu verfallen

Die Infrastruktur wurde in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gerade im ländlichen Raum mit großem finanziellen Aufwand und dem Einsatz von Fördermitteln geschaffen. Jetzt droht dieselbe Infrastruktur vor allem aufgrund der unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen, aber auch der deutlich zu geringen Mittel für Sanierung und Instandsetzung beispielsweise der Staatsstraßen zu verfallen.

Umdenken ist erforderlich

Ein Umdenken ist zwingend erforderlich. Will man die gleichen Voraussetzung im Land - wie in der Vergangenheit geschaffen - erhalten, muss die Finanzausstattung der Kommunen verbessert und die Förderung auch auf den Erhalt der Infrastruktur ausgerichtet werden. Ein erster Schritt waren hierzu schon Teile des Konjunkturpaketes. Dies kann jedoch nur der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein sein.

Die Träger der Infrastruktur sind bei Unterhalt und Sanierung im Wesentlichen auf sich alleine gestellt, aus Haushaltsgründen werden oftmals dringend erforderliche Sanierungen verschoben. Dabei könnten durch permanenten, kontinuierlichen Unterhalt und bedarfsgerechte Erhaltungsmaßnahmen meist um ein Vielfaches teurere Totalsanierungen vermieden werden. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, den Sanierungsstau zu beseitigen und einmal geschaffenes Vermögen zu erhalten.

Energetische Sanierung - Einsparungspotenziale für Kommunen

Steigende Energiekosten sind für Kommunal- und Kreisverwaltungen ein großer Kostenfaktor bei der Bewirtschaftung der eigenen Liegenschaften. Etwa 83 Prozent der Bestandsgebäude, insbesondere alle bis 1978 errichteten Wohngebäude, sind nicht energieeffizient und diesbezüglich nicht wirtschaftlich. Nichtwohngebäude stellen sich noch ungünstiger dar.

Investitionen zahlen sich aus

Notwendige Investitionen in die Energieeffizienz der kommunalen Infrastruktur zahlen sich aus und entlasten die Verwaltungshaushalte. Mit sorgfältig geplanter Bau- und Anlagentechnik und sinnvollem Mitteleinsatz kann der Primärenergiebedarf auf 20 -30 Prozent und bereits auf Werte unter 60 kWh/m² Jahr (KfW 60) reduziert werden.

Durch die energetische Qualität von Bestandssanierungen kommunaler Liegenschaften und die Senkung des Energiebedarfs im Neubau können Heizenergieverbrauch und CO₂-Emissionen erheblich reduziert und positive Auswirkungen für Arbeitsmarkt und Bauwirtschaft erzielt werden. Zudem haben Investitionen in kommunale Liegenschaften - und somit öffentlich zugängliche Gebäude - einen wertvollen Vorbildcharakter.

Erhalt der historischen Baukultur

Die unverwechselbare bayerische Baukultur prägt die historisch gewachsenen bayerischen Städte und Dörfer. Die rechtzeitige Behebung von Mängeln und Schäden erspart umfangreiche Sanierungskosten in der Zukunft. Die Sanierung und der Erhalt von Denkmälern verlangen ingenieurtechnischen Sachverstand und fördern mittelständische Handwerker und damit viele hochqualifizierte Arbeitsplätze.

Die wesentlichen Instrumente zum Erhalt des historischen Erbes sind der Entschädigungsfonds und die Abschreibungsmöglichkeiten nach dem Einkommenssteuergesetz. Diese wertvollen Mittel zur Investitionsförderung sind nachhaltig zu stärken und mit straffen Verfahrensrichtlinien den tatsächlichen Anforderungen anzupassen. Die Erfüllung der geforderten und notwendigen Qualität beim Erhalt der Denkmäler kann nur erreicht werden, wenn diese Instrumente ohne Abstriche erhalten bleiben.

Erwartungen an die Politik:

- Deutlich höhere Priorität bei Erhalt und Sanierung von Infrastruktureinrichtungen
- Ausrichtung der Förderung auch auf den Erhalt der Infrastruktur, Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen
- Förderung von Investitionen in die Energieeffizienz der kommunalen Infrastruktur
- Ausbau und Förderung der energetischen Nachrüstung und Sanierung sowie Umstrukturierung des Bestandes
- Nachhaltige Stärkung von Mitteln zur Investitionsförderung in der Denkmalpflege (Entschädigungsfonds, Abschreibungsmöglichkeiten nach dem Einkommenssteuergesetz)



Bayerische
Ingenieurekammer-Bau

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Nymphenburger Straße 5
80335 München
Telefon 089 419434-0
Fax 089 419434-20
info@bayika.de
www.bayika.de



Bayerische
Ingenieurekammer-Bau

Körperschaft des öffentlichen Rechts



Mangel an Ingenieuren:
Eine Gefahr für den
Standort Bayern!

Positionspapier
2010

Mangel an Ingenieuren: Eine Gefahr für den Standort Bayern

„Ingenieure sind keine verschrobenen Bastler, für die sie gehalten werden. Ingenieure sind von der Neugierde getriebene, auf technische Perfektion setzende Erfinder, die multikausal zu denken gelernt haben.“

(W. A. Herrmann, Präsident der Technischen Universität München)

Große Errungenschaften der Gesellschaft haben mit Ingenieurwissen zu tun. Neben dem Maschinenbau und der Elektrotechnik zeichnen Bauingenieure sowohl in der Umwelttechnik als auch bei der Energieversorgung mit dem Kraftwerksbau und bei der Entwicklung der Infrastruktur beispielsweise mit spektakulären Brückenbauwerken beim Eisenbahn- und Autobahnbau verantwortlich.

Diese funktionierende Infrastruktur ist Grundlage unseres Wohlstandes.

Mangel an Ingenieuren

Deutschland verfügt über ein zu geringes Angebot an Ingenieuren, um die Nachfrage nach Akademikern dieser Qualifikation befriedigen zu können.

Dieser beträchtliche Mangel an Ingenieuren - in Zukunft noch verstärkt durch den demografischen Wandel - beeinträchtigt die Innovationsfähigkeit vieler Unternehmen, gefährdet die Entwicklung neuer Produkte und Technologien und erweist sich damit als Wachstumsbremse - mit negativen Folgen für unser technisch hoch entwickeltes Gemeinwesen. Bestehende Marktchancen können nicht genutzt werden.

Der Ingenieurberuf scheint in den letzten Jahrzehnten an Attraktivität verloren zu haben. Heute stehen andere Berufsgruppen im Vordergrund. Beispielsweise sieht man bei medizintechnischen Fortschritten, wie etwa bei künstlichen Gelenken, eher den Arzt vor sich, der das Gelenk einbaut, als den Werkstoffingenieur, der dieses entwickelt hat.

Wirtschaftliche Bedeutung der bayerischen Ingenieure im Bauwesen

In Bayern lässt sich die Bedeutung der im Bauwesen tätigen Ingenieure für die Wirtschaft an 40.000 zur Verfügung stehenden Arbeitsplätzen ermes sen.

Damit verzeichnen die etwa 15.000 Ingenieurbüros die höchste Beschäftigung in den technologie-orientierten, wissensintensiven Unternehmensdienstleistungen und generieren dabei einen Umsatz von 5,22 Mrd. Euro. Dies entspricht mehr als 14 Prozent des bundesweiten Umsatzes.

Bauinvestitionen, Arbeits- und Ausbildungsplätze

Bundesweit betreuen die mittelständischen Ingenieurbüros dabei Bauinvestitionen von rund 217 Mrd. Euro und beschäftigen mehr als 300.000 Menschen. Etwa 60.000 jungen Menschen wird durch Ausbildungsplätze, Praktikanten- und Diplomandenstellen eine Perspektive gegeben.

Bildungsqualität, Wissen und Technik

„Menschen bilden bedeutet nicht, ein Gefäß zu füllen, sondern ein Feuer zu entfachen“
(Aristophanes)

Bildung und Wissen sind zu einem Produktivfaktor von hohem Rang geworden, dem wir nur durch eine ebenso hohe Stufe an Bildungsqualität entsprechen können. Diese ist keinesfalls zu erreichen durch eine gut gemeinte aber dennoch verfehlte Gesamtschulidee, sondern nur innerhalb eines talent-fördernden, gegliederten Schulsystems. Leistungseliten zu fördern, scheint dringend geboten!

Wirtschaft und Technik sind Grundpfeiler unserer Volkswirtschaft. Und keines dieser Fächer wird bisher an den Schulen pflichtmäßig unterrichtet. Um künftig international konkurrenzfähig zu bleiben müssen wir mehr junge Menschen als bisher für den Ingenieurberuf begeistern.

Nur wenn Jugendliche in der Schule positive und faszinierende Erfahrungen mit der Technik machen, denken sie später daran, einen technischen Beruf zu ergreifen.

Die Ingenieurwissenschaften sind von herausragender Bedeutung für die Fortentwicklung unsere Gesellschaft. Wird diese Bedeutung nicht erkannt, gefährdet dies die Attraktivität und Entwicklung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Bayern.

Erwartungen an die Politik:

- Förderung des Bewusstseins zur Notwendigkeit technischer Entwicklungen in unserer Gesellschaft
- Einführung der Wissensgebiete Wirtschaft und Technik als eigenständige Pflichtfächer an den Schulen
- Master als Regelabschluss an den Hochschulen zur Erhaltung und Weiterentwicklung unseres hohen technischen Standards
- Beibehaltung der Gebührenordnungen der Freien Berufe - Leistungswettbewerb statt Preiswettbewerb